

Antrag **der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Absenkung der Lohnnebenkosten

Angesichts anhaltender Massenarbeitslosigkeit gibt es einen breiten gesellschaftlichen Konsens, die Lohnnebenkosten zu senken, indem die steigenden Sozialversicherungsbeiträge in der Renten- und Arbeitslosenversicherung gesenkt und versicherungsfremde Leistungen steuerfinanziert werden.

Dadurch können bestehende Arbeitsplätze erhalten, die Arbeitslosigkeit zurückgeführt und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gestärkt werden.

Deshalb greift die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den jüngst gemachten Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion Wolfgang Schäuble auf, um in dieser verfahrenen Situation zumindest eine Teillösung möglich zu machen:

Der Bundestag wolle beschließen:

- Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) um 1 Prozentpunkt ab 1. Januar 1998, finanziert durch die Erhöhung der Mineralölsteuer um 15 Pfennig.

Aus dem Ertrag dieser Mineralölsteuererhöhung werden die nicht beitragsgedeckten Leistungen nach dem Fremdrentengesetz, dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz und nach Artikel 2 des Rentenüberleitungsgesetzes finanziert. Der Restbetrag wird als Globalzuschuß der Bundesanstalt für Arbeit zur Verfügung gestellt.

- Senkung des Beitragssatzes zur Bundesanstalt für Arbeit um 1 Prozentpunkt von 6,5 auf 5,5 Prozent ab 1. Januar 1998, finanziert durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 15 auf 16 Prozent.

Bonn, den 25. September 1997

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat im Deutschen Bundestag einen schlüssigen und durchgerechneten Vorschlag zu einer spürbaren Absenkung der Lohnnebenkosten unterbreitet, finanziert durch den Einstieg in eine Ökologische Steuerreform. In dieser Verknüpfung sehen wir den wirksamsten Weg, die angespannte Situation auf dem Arbeitsmarkt zu stabilisieren und mittelfristig zu entlasten.

Angesichts der anhaltenden Selbstblockade der Koalition besteht jedoch die Gefahr, daß das Vermittlungsverfahren ohne jedes Ergebnis endet und die Lohnnebenkosten damit zum Jahresende sogar noch weiter steigen. Deshalb ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bereit, das Kompromißangebot des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion aufzugreifen, um im Vermittlungsverfahren doch noch einen ersten Schritt zur dringend gebotenen Absenkung der Lohnnebenkosten zu erreichen. Wir sind auch bereit, in diesem Zusammenhang eine Erhöhung der Mehrwertsteuer mitzutragen, auch wenn wir deren Verteilungswirkung unter sozialen Gesichtspunkten für außerordentlich problematisch erachten und sie im Zusammenhang mit der Einkommenssteuerreform und der Sanierung der Haushalte auch weiterhin ablehnen.